

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Die Anzeigen nehmen die Anzeiger und für Anzeiger die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Anschlag Nr. 53.

Angabenpreis für die Anzeigerposten: Postgebühr für Anzeigen aus dem Ausland 20 Pfennige, aus dem Reich 10 Pfennige, aus dem Ausland 20 Pfennige, aus dem Reich 10 Pfennige. Sonstige Postgebühren sind dem Besteller zu zahlen.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1008.

Nr. 196

Freitag, den 22. August 1924

19. Jahrgang

### Volkentscheid oder Auflösung?

Wenn nicht alles trägt, wird die Deutschnationale Volkspartei die Geister, die sie gerufen hat, nicht wieder loslassen. Die Geister verlogenere Geister gegen das Dawesgutachten und gewissenlosen Kampfes gegen die endliche Befriedung Europas. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen ist an dem gestrigen Donnerstagmorgen zusammengetreten, und die endgültige Entscheidung wird erst noch fallen; aber wenn nicht irgend etwas Unerwartetes eintritt, muß man nach Lage der Dinge damit rechnen, daß sich die Fraktion in ihrer Mehrheit für Ablehnung der Dawesgesetze aussprechen wird, daß sich die Minderheit dem fügen wird.

Was wird dann geschehen? Die Regierung hat sich für die unbedingte Einsetzung aller Kräfte, für die Anwendung aller Mittel zu einer Durchführung des Dawesgutachtens gerade in den letzten Tagen und noch am Donnerstag im Auswärtigen Ausschuss so stark gemacht, daß sie nicht zurückweichen kann: sie muß und wird für die gesamten vorliegenden Gesetze die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit verlangen, und da ihr diese bei einem Verlagen der Deutschnationalen nicht zur Verfügung steht, so wird sie an das Volk appellieren müssen. Dieser Appell kann sich auf zwei Weisen vollziehen: auf dem des Volkentscheides oder dem der Reichstagsauflösung. Welcher ist vorzuziehen? An sich könnte man sich für einen Volkentscheid aussprechen, weil dessen Ergebnis größere Sicherheit verbürgt: selbst bei veränderten Umständen bedürfte es nur einer einfachen Mehrheit. Dann allerdings der Mehrheit nicht der Abstimmenden, sondern der Stimmberechtigten. Das wären mindestens 19 von den 38 Millionen deutscher Wähler und da die drei Oppositionsparteien, Kommunisten, Deutschsozialisten und Deutschnationale, bei den letzten Reichstagswahlen nur 38,7 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielten, so dürfte es der anderen Seite nicht schwer fallen, die erforderliche Stimmenmehrheit zusammenzubringen. Über gegen einen Volkentscheid ist geltend zu machen, daß das Verfahren weitläufig und langwierig ist, so daß er in diesem Falle, der schleunigste Entscheidung verlangt, nicht gut zur Anwendung gelangen kann. Selbst unter den günstigsten Verhältnissen wird ein Volkentscheid frühestens in einem Vierteljahr zu dem erwarteten Ziele führen. So lange aber wird man auch die Entente nicht warten lassen dürfen, wenn man nicht Gefahr laufen will, daß alle von ihr jetzt in London mit Mühe erlangten Zugeständnisse wertlos werden. Die Mitteilungen sind ja ohnehin nur bis zum 30. August an den Bonboner Pakt gebunden, und wenn dessen Inkraftsetzung selbstverständlich auch im Interesse der Entente liegt, so ist immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, daß nach drei Monaten eine völlig veränderte internationale Situation vorliegt, zumal, da MacDonalds Regierung eine ausgesprochene Minoritätsregierung ist, und Herriot sich auf einen Block stellt, dessen unbedingte Festigkeit auch nicht über allen Zweifel erhaben ist.

Sonach erscheint die Auflösung des Reichstages bei einer ablehnenden Haltung der Deutschnationalen als das Gegebene; sie wird auch, wie es scheint, allein von der Regierung in Betracht gezogen. Durch mögliche Zusammenpressung aller Kräfte könnten wir schon am 28. September etwa einen neuen Reichstag haben. Auch diese Verzögerung der Dawesgesetze um vier Wochen ist, wie Dr. Stresemann im Auswärtigen Ausschuss auseinandergesetzt hat, nicht ohne Bedeutung, aber jedenfalls der um ein Vierteljahr vorzuziehen. Wenn aber die Opposition es als ausgeschlossen bezeichnet, daß in einer neuen Volksvertretung die Regierungsparteien eine Zweidrittelmehrheit hinter sich haben würden, so ist darauf zu erwidern, daß zur Gewinnung einer qualifizierten Mehrheit etwa 50 Mandate von der großen Koalition hinzuerobert werden müßten, was garnicht unerhört und aussichtslos ist und durch die neue Stimmung insbesondere der Deutschnationalen als durchaus möglich ja wahrscheinlich bestätigt wird. Die Schlussfolgerungen aus dieser Sachlage ergeben sich für unsere Freunde im Lande von selbst.

### Die Fraktionsstimmungen im Reichstag.

#### Ablehnende Haltung der Deutschnationalen?

Die deutschnationale Reichstagsfraktion trat gestern nachmittag um vier Uhr zu einer Sitzung zusammen, um sich mit ihrer Haltung gegenüber den Londoner Beschlüssen zu beschäftigen. In der Sitzung machten sich die beiden Strömungen für und gegen Annahme der Beschlüsse von London sehr stark geltend. Soweit verlautet, scheinen die Befürchtungen derjenigen deutschnationalen Politiker, die durch eine Annahme des Gutachtens einer zu großen Stimmenverlust für die Partei befürchten die Oberhand gewinnen zu wollen. Soweit

## Das Gespenst der Reichstagsauflösung.

### Regierungserklärungen vor dem auswärtigen Ausschuss.

#### Was geschieht, wenn der Reichstag die Gesetze ablehnt?

Berlin, 21. August.

Heute vormittag um 10 Uhr trat der Auswärtige Ausschuss zur Fortsetzung seiner gestrigen Beratungen über das Ergebnis der Londoner Konferenz zusammen. Zum erstenmal trug die Sitzung nichtvertraulichen Charakter. Aus diesem Grunde nahmen die meisten Mitglieder des Reichstages an den Beratungen teil. Von der Reichsregierung waren außer den drei deutschen Hauptdelegierten auf der Londoner Konferenz, Reichskanzler Dr. Marx, Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Reichsfinanzminister Dr. Luther, fast alle übrigen Mitglieder des Kabinetts erschienen. Der Vorsitzende Müller-Franken stellte bei Beginn der Beratungen fest, daß es der Wunsch des Ausschusses sei, die bei den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses bisher übliche Vertraulichkeit für die Besprechungen der Gesetze zur Durchführung des Dawesgutachtens aufzuheben. Dabei sei es jedoch selbstverständlich, daß, wie auch in jedem anderen Ausschuss, bestimmte Beratungsgegenstände für vertraulich erklärt werden könnten. Die Aussprache nahm mit der Erörterung der mit den Londoner Verhandlungen zusammenhängenden Wirtschaftsproblemen den Anfang, wobei die Ausschussberatungen teilweise für vertraulich erklärt wurden.

Bezüglich des Termins vom 30. August, an dem die Vollziehung der Unterschriften in London bekanntlich stattfinden soll, wurden von den Abgeordneten Dr. Haas (Dem.), Graf Verchenfeld (Wahr. Sp.), Dr. Dergt (D.), v. Graefe (Natsoz.) und Könen (Komm.) die Frage aufgeworfen

was geschehe, wenn die deutsche Regierung bis dahin keine Zweidrittelmehrheit für die Annahme der Dawesgesetze im Reichstag nicht fände.

Bezeichnend in diesen Erörterungen war die Haltung der Deutschnationalen. Während es scheint, als wenn sie sich durch ihre eigene Agitation gegen das Gutachten so festgelegt haben, daß sie von ihren Parteimitgliedern mehr oder weniger zur Ablehnung des Gutachtens im Plenum jetzt gezwungen werden, scheinen sie andererseits wegen der Folgen ihrer Nichtzustimmung eine gewisse Besorgnis zu haben.

Der Reichskanzler erklärte, daß diese Frage sich in erster Linie nach einfachen juristischen Gründen erlebe. Der Vertrag von London sei an sich zustande gekommen durch die Paraphierung, die sämtliche Delegierte vollzogen hätten, die endgültige Unterschrift sei aber bis zum 30. August ausgeschrieben worden. Wenn Deutschland am 30. August nicht in der Lage sei, die Gesetze als angenommen präsentieren zu können, so müsse sich die Reichsregierung die Frage stellen, ob sie dann in London die Protokolle endgültig unterzeichnen könne. Sollte im Reichstag keine Zweidrittelmehrheit für die Annahme der Dawesgesetze zu finden sein, so sei es Pflicht der Reichsregierung alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um den Reichstag zur Bewilligung zu veranlassen. Denn es müsse nach innen alles getan werden, was nach außen der Reichsregierung die Möglichkeit eröffnen, von neuem in Verhandlungen einzutreten.

Die Erklärung des Reichskanzlers, daß wenn der Reichstag seine Zustimmung zur Unterschrift nicht gäbe die Ergebnisse der Konferenz hinfällig seien, wollten die

deutschnationalen Vertreter nicht gelten lassen. Sie wiesen vielmehr darauf hin, daß ihrer Ansicht nach dann neue Verhandlungen möglich seien. Demgegenüber erklärte der Kanzler wieder, daß man nicht wissen könne, ob es höchst zweifelhaft sei, ob für Deutschland auf dieser künftigen Konferenz die gleichen Ergebnisse erzielt werden könnten, wie jetzt, ganz abgesehen davon, daß man auch vorher nicht wisse, wie die Stellung des französischen Ministerpräsidenten dann sei und wie sich die englischen Industriellen, die sich gegen eine aufkommende angebliche deutsche Konkurrenz wenden dann bemerkbar machen würden. In diesen Kontroversen zwischen Dr. Marx und den Deutschnationalen stellte der demokratische Abgeordnete Dr. Haas fest, daß diese Haltung der Deutschnationalen doch eigentlich recht merkwürdig sei, da sie doch zufrieden sein müßten wenn durch ihre Haltung die Ergebnisse der Londoner Konferenz zerschlagen werden.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann wies besonders darauf hin, daß falls die Vorlage im Reichstag scheitere, während der Zeit der Neuwahlen alles aufhört zu laufen an Terminen was sich auf Räumungen bezieht, was sich auf Freigabe der Regierungen bezieht und auf alles was vorgeesehen ist.

Und wenn wir dann einen neuen Reichstag haben und wenn der neue Reichstag grundsätzlich ja sagt können wir erst an die anderen Mächte herantreten und auch dann sind die anderen Mächte völlig frei in ihren Entscheidungen darüber, ob sie noch einmal mit dem deutschen Reich zu neue Verhandlungen eintreten wollen.

In dem weiteren Verlauf der Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses, in dem außer dem Reichskanzler Reichsaussenminister und Reichsfinanzminister Dr. Luther auf zahlreiche Anfragen über einzelne Probleme Auskunft gab, kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Reichskanzler und dem Nationalsozialisten v. Graefe. Auf eine Bemerkung des Kanzlers, in den gestrigen Ausschussberatungen antwortend, erklärte v. Graefe, daß die deutsche Besetzung und die Regierung absolutistisch sei, als die französische. Dr. Marx wies nicht ohne nachdrückliche Betonung darauf hin, daß dies nicht der Fall sei und machte dabei gewisse juristische Ausführungen.

Der nationalsozialistische Abgeordnete erhob sich, sich darauf wieder und erklärte in scharfer Tone, daß er sich die Ausführungen des Kanzlers verbitte, da er keine Belehrungen brauche (!) und verlange, daß seine Ueberzeugung geachtet werde. In dieser Debatte erklärte der demokratische Abgeordnete Dr. Haas, daß gerade die Nationalsozialisten am allerwenigsten Veranlassung hätten, sich darüber zu beklagen, daß ihre Ueberzeugung nicht geachtet würde da sie ja selbst jeden der anderer Meinung als sie seien, nicht immer mit der gebührenden Achtung behandelten.

Die Beratungen des Auswärtigen Ausschusses dürften auch noch morgen und übermorgen bis zum Montag währen.

Gestern nachmittag trat der Ausschuss des Reichstags nachdem er schon vormittag getagt hatte, um vier Uhr erneut zur Beratung der Dawesgesetze zusammen. Die Beratungen zogen sich bis um 11 Uhr abends hin. Es wurde ein Abschluß der vertraulichen Verhandlungen erreicht.

in der siebenten Abendstunde verlaute, geht die Stimmung der Deutschnationalen dahin, die Londoner Beschlüsse abzulehnen. Die Sitzung dauert um diese Zeit noch an.

Bei der Parteiliste sind, wie mitgeteilt wird schon über 800 (bestellt? D. Red.) Entschlüsse aus dem Lande eingetroffen, die alle von der Parteiliste ein Festbleiben verlangen und wünschen, auch nicht vor einer Reichstagsauflösung zurückzuführen. — Antworten.

Berlin, 22. Aug. Von den rechtsstehenden Blättern bringt nur die „Deutsche Zeitung“ eine Mitteilung, zu dem parteiamtlichen Bericht über die gestrige Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Das Blatt schreibt: Soweit wir unterrichtet sind, bedeutet die Entscheidung der Deutschnationalen die unbedingte Ablehnung des Londoner Abkommens und der im Dawesbericht vorgesehene Gesetze.

Berlin 21. Aug. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat nach mehrstündiger Sitzung einstimmig beschlossen, trotz schwerer Bedenken gegen die

und auferlegten Lasten und Kontrollen die Ergebnisse der Londoner Konferenz anzunehmen.

Berlin, 22. Aug. Der Zentralvorstand der Wirtschaftspartei der deutschen Mittelstände hat dem Dawesgutachten zugestimmt.

### Konferenz der Wirtschaftsführer.

Berlin 21. Aug. Der Reichsverband der deutschen Industrie der deutsche Industrie- und Handelsrat und die Wirtschaftsausschüsse für die besetzten Gebiete halten laut „B. Z.“ morgen in Berlin eine gemeinsame Beratung über die Londoner Beschlüsse ab.

### Das Londoner Kabinett stimmt dem Abkommen zu.

London, 21. Aug. Die Reuters-Agentur meldet: Der gestrige britische Kabinettrat, an dem die Vertreter der Dominions teilnahmen, hat einstimmig das Londoner Abkommen gebilligt.

ale.  
hr im  
no.  
geblatt.  
Aue  
Verkauf  
Bilbig!  
Ingetroffen  
e  
dinen  
n. 50 Pf.  
bildung.  
n  
an  
Sa.  
198.  
erei  
misch.  
Schmitt  
schließen.  
gebirge  
auf 381.  
und